

NIEDERSCHRIFT

über die **43.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **29.08.2018**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:55 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Franz-Josef Radmacher Vertretung für Hr. Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Dieter Jüngerkes
11. Herr Christian Stupp Vertretung für Hr. Bartsch
12. Herr Rainer Thiel

•

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 13. Herr Erhard Demmer
 - 14. Frau Susanne Stephan-Gellrich
- Anwesend ab 15:40 Uhr

• **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Dirk Rosellen

• **Die Linke**

- 16. Herr Oliver Schulz

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 17. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

- 18. Herr Robert Abts
- 19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 20. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 21. Herr Elmar Hennecke
- 22. Herr Benjamin Josephs
- 23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 24. Herr Marcus Temburg
- 25. Herr Dezernent Harald Vieten

• **Schriftführerin**

- 26. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	5
2.1.	Naturschutzbeirat am 15.05.2018.....	5
2.2.	Sozial- und Gesundheitsausschuss am 17.05.2018.....	6
2.3.	Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 12.06.2018.....	6
2.4.	Kulturausschuss am 18.06.2018.....	6
2.5.	Sportausschuss am 02.07.2018.....	6
2.6.	Jugendhilfeausschuss am 05.07.2018.....	7
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	7
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum: Juli/August 2018 Vorlage: 61/2765/XVI/2018.....	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: Juli/August 2018 Vorlage: 61/2764/XVI/2018.....	9
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Juli 2018) Vorlage: ZS5/2786/XVI/2018.....	11
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2788/XVI/2018.....	11
8.	Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: 50/2784/XVI/2018.....	11
9.	Dringlichkeitsbeschluss zur Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas am 19./20.11.2018 in München - Teilnahme von drei Kreistagsabgeordneten des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: ZS5/2793/XVI/2018.....	12
10.	Anträge.....	12
10.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 13.07.2018 zum Thema "Jugendberufsagenturen im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 010/2768/XVI/2018.....	12
10.2.	Antrag der der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 08.08.2018 zum Thema "Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen" Vorlage: 010/2783/XVI/2018.....	13
10.3.	Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 23.08.2018 zum Thema "Hochwasserkonferenz für den Rhein-Kreis Neuss".....	14
11.	Mitteilungen.....	15

11.1. Ausbildungsprogramm NRW im Rahmen der Landesinitiative KAoA Vorlage: 40/2775/XVI/2018	15
12. Anfragen	15
12.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 13.07.2018: Aktueller Sachstandsbericht über den Breitbandausbau im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/2773/XVI/2018	15
12.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2018 zum Thema "Feldbahnmuseum Oekoven e.V. in Rommerskirchen" Vorlage: 010/2801/XVI/2018.....	15
12.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2018 zum Thema "S-Bahn S8" Vorlage: 010/2802/XVI/2018.....	16

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu TOP 10 „Anträge“	10.1 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 13.07.2018 zum Thema "Jugendberufsagenturen im Rhein-Kreis Neuss" ➤ Antwort als Tischvorlage ☒ 10.2 Antrag der der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 08.08.2018 zum Thema "Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen" ➤ Antwort als Tischvorlage ☒ 10.3 Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 23.08.2018 zum Thema "Hochwasserkonferenz für den Rhein-Kreis Neuss" ☒
Zu TOP 12 „Anfragen“	12.2 Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2018 zum Thema "S-Bahn S8" ➤ Antwort als Tischvorlage ➤

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Naturschutzbeirat am 15.05.2018

KA/20180829/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Naturschutzbeirates vom 15.05.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Sozial- und Gesundheitsausschuss am 17.05.2018

KA/20180829/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 17.05.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Nahverkehrs- und Straßenbauausschuss am 12.06.2018

KA/20180829/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses vom 12.06.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Kulturausschuss am 18.06.2018

KA/20180829/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 18.06.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Sportausschuss am 02.07.2018

KA/20180829/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sportausschusses vom 02.07.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.6. Jugendhilfeausschuss am 05.07.2018

KA/20180829/Ö2.6

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 05.07.2018 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

Protokoll:

Es lagen keine Niederschriften zur Kenntnisnahme vor.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Berichtszeitraum: Juli/August 2018

Vorlage: 61/2765/XVI/2018

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte, dass der Strukturwandel im Bereich des Rheinischen Reviers ein sehr wichtiges Thema sei. In der gegründeten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ werde auf Bundesebene an aktuellen Themen/Zielen zur Energiewende gearbeitet. Ein einheitliches Meinungsbild sei vor Ort hierbei besonders notwendig. Die Politik müsse vor Ort in die Debatte der Kommission miteinbezogen werden. Es sei verwunderlich, dass die aus der Rhein-Kreis Neuss stammende zur SPD gehörende Bundesministerin die Auffassung vertrete, dass die Rodungen am Hambacher Forst einzustellen seien, was aber einen Stopp des Tagesbaus bedeute. Er frage sich, ob die SPD hier keine klare Linie fahre.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass es allgemein bekannt sei, welche Vertreter in die Kommission gewählt wurden. Unter anderen seinen auch Bürgerinitiativen in der Kommission vertreten. Die Aktivisten der Umweltverbände hätten gegenüber der Kommission erklärt, dass sie diese sofort verlassen würden, wenn nicht die Rodung des Hamacher Forst gestoppt werde. Die Umweltministerin Schulze habe versucht dies zu verhindern, indem sie ebenfalls den Rodungsstopp des Hambacher

Forsts fordere. Es sei bedenklich, dass Mitglieder der Kommission durch Erpressungen versuchen, die Bundesregierung unter Druck setzen. Für die SPD-Kreistagsfraktion sei die am 26.06.2018 gemeinsam verabschiedete Resolution die bedeutende Grundlage der weiteren Diskussionen.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink meinte, dass es eine klare Position seitens der CDU-Kreistagsfraktion gebe. Unsere Region sei betroffen und die Stimmen aus der Politik sollten in der Kommission gehört werden. Es gehe um die Erhaltung realer Arbeitsplätze, Energieversorgung und Investitionen. Die lange geplanten Rodungen seien zwingend erforderlich, um die Kohleförderung aus dem Tagebau Hambach und damit eine dauerhafte Stromversorgung sicherzustellen. Die Rodungen beruhten auf einer klaren Rechtsgrundlage und seien ein normaler betrieblicher Vorgang. Die Regierung habe mit der Aussage für Irritationen gesorgt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass dieses Thema alle Bürgerinnen und Bürger betreffe und dass eine erteilte Genehmigung auch ihre Gültigkeit behalten müsse. Eine Verunsicherung müsse vermieden werden. Die vom Kreistag beschlossene Resolution zeige deutlich, dass nicht das Ausstiegsdatum, sondern die Sicherstellung einer konstanten Energieversorgung ohne Abhängigkeit vom Ausland und die Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region von enormer Bedeutung seien.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzte, dass es ein Skandal sei, dass der Rhein-Kreis Neuss in der Kommission nicht vertreten sei.

Es werde versucht, mit Kollegen aus dem Umfeld, wie zum Beispiel Landrat Kreuzberg, der den Rhein-Erft-Kreis in der Kommission vertritt, einen Termin für einen Austausch zu den Themen und Ergebnissen zu finden und somit den Standpunkt des Braunkohlereviere zu stärken, kündigte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke an. Über dieses Treffen solle im nächsten Kreisausschuss berichtet werden.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink merkte an, dass der Rhein-Kreis Neuss in die Arbeit der Kommission eingebunden werden müsste. Wenn dies nicht gehe, sollte zumindest regelmäßig ein Austausch zu Ergebnissen, Zielen und Erwartungen erfolgen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass von der Kommission erwartet werde, dass sie auch andere politische Richtungen und Ziele mitberücksichtige. Das Ansinnen der Demonstranten sei, dass bis zum Ende des Jahres überlegt werde, ob die jahrhundertalten Eichen im Hambacher Forst gefällt werden sollten. Dies sei ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen, welches in der Diskussion nicht einfach ignoriert werden dürfe.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel verwies hinsichtlich der Rodung des Hambacher Waldes auf die Zuständigkeit der Bezirksbehörde in Arnsberg. Man wolle einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, nur stehe die Frage im Raum, wie die Ziele bestmöglich erreicht werden könnten. Es sei zweifelhaft, dass die Form der Energiewende technisch und ökonomisch zum Klimaschutz führe. Hierrüber sollte eine berechtigte Debatte geführt werden. Es seien noch viele Fragen offen, wie bezahlbare Energien, Speicherkapazitäten als Grundlage für den Klimawandel zu leisten seien. Ein Vorschlag wäre daher, eine weitere Kommission zu diesem Thema in Berlin einzurichten.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen merkte im Zusammenhang der Rodung des Hambacher Forsts an, dass vorerst jeder das Recht habe seine eigene Meinung zu äußern,

hierbei jedoch nicht gegen das Gesetz verstoßen werden dürfe. Die rot/grüne Landesregierung habe eine Planung aufgestellt, bei der eine Interessensabwägung stattgefunden habe. Diese Entscheidung müsse akzeptiert werden.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn meinte, es sollte vorerst der Ausstieg aus der Atomkraft abgewartet werden. Dieses Thema gerate ein wenig in Vergessenheit. Es müsse geschaut werden, ob die zeitlichen Absprachen hierfür überhaupt eingehalten würden und wie die weiteren Planungen dort verlaufen. Es sei wichtig, dass eine Energieversorgung rund um die Uhr sichergestellt werde und auch langfristig Erfolge zeige.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer führte aus, dass es zwischenzeitlich neue Erkenntnisse zur Energiewende gebe, die auch zu neuen Entwicklungen geführt hätten. Daher müssten diese ebenfalls Berücksichtigung finden.

KA/20180829/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft für den Berichtszeitraum Juli/August 2018 zur Kenntnis.

5. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum: Juli/August 2018 Vorlage: 61/2764/XVI/2018

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erklärte, dass die CDU-Kreistagsfraktion für eine klare Positionierung im Regionalrat dankbar sei. Dies zeige, dass die eingebrachte Resolution, das Verfahren zu begleiten, erfolgreich war. Es gebe noch keinen festen Standort für den Bau des Konverters. Dies werde weiterhin geprüft. Die Position des Regionalrates werde gestützt.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel betonte, dass die Fraktion UWG/Die Aktive weiterhin eine dezentrale – nicht eine zentrale - Energieversorgung fordere. Das Verfahren rund um den Konverterstandort führe bei den Bürgerinnen und Bürgern zu großer Unsicherheit. Das komplette Verfahren der Standortauswahl sollte daher neu geprüft werden. Der Konverter solle nicht im Rhein-Kreis Neuss gebaut werden. Es sei ein Skandal, dass der Rhein-Kreis Neuss keine Erdverkabelung habe, obwohl dafür gekämpft wurde. Für die Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss seien Hochspannungsleitungen untragbar.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass die von Amprion ausgewählten Standorte der Politik sowie den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt wurden. Das Verfahren sei daher transparent und bekannt. Das Verfahren neu aufzurollen würde nicht sinnvoll erscheinen.

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte im Regionalrat den Antrag gestellt, dass die Bezirksregierung beauftragt werden sollte, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um

eine Umwendung der Ertragsfläche zu erzielen. Dies wurde abgelehnt. Die SPD Kreistagsfraktion sei der Auffassung, dass der Regionalrat die Federführung dieser Entscheidung in die Hand hätte nehmen können, jetzt liege es nicht mehr in der Entscheidung des Regionalrates. Was jetzt noch passieren könnte, wäre ein rechtliches Verfahren mit Zielabweichung einvernehmlich zu begleiten. Dadurch könnten auch andere Flächen in Betracht kommen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer stimmte den Ausführungen von Herrn Rainer Thiel zu und erkundigte sich, warum die RWE Fläche in Neurath nicht für einen Konverterstandort in Betracht komme.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gab den Hinweis, dass vor einem Jahr bei einer Veranstaltung in Osterath von Seiten Amprion und der Bundesnetzagentur erklärt worden sei, das Gutachten sei endgültig und dass nur zwei Standorte in Betracht kämen. Danach gab es neue Erkenntnisse, so dass fünf Standorte in Betracht kämen. Von den fünf seien zwei Standorte wieder ausgeschieden und zu einem anderen Standort zusammengelegt. Auch hinsichtlich der Erdverkabelung hatte sich in den letzten Jahren einiges getan. Insofern gäbe es ständig Veränderungen.

„Wir haben im Kreistag vor vielen Jahren eine Entscheidung getroffen, die noch immer vom Grundsatz her richtig ist“, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Es wurde gefordert, dass das Verfahren transparent, mit hoher Rechtssicherheit und vor allem nachvollziehbar durchgeführt werde. Hierbei sollte eine Abwägung aller in Betracht kommenden Standorte erfolgen und die Entfernung von der Wohnbebauung eine besondere Rolle spielen. Es gebe noch immer offene Fragen an Amprion. Am 21.08.2018 erhielt die Verwaltung ein weiteres Schreiben der Firma, dass das Thema nochmal aufgreife (**s. Anlage**).

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer erkundigte sich nach den aktuellen Ergebnissen der Metropolregion Rheinland. Bisher seien so gut wie keine brauchbaren Informationen über die Ergebnisse und Ziele dieses Gremiums an den Rhein-Kreis Neuss getragen worden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bestätigte, dass bisher noch keine relevanten Entscheidungen in diesem Gremium getroffen wurden. Sobald es Informationen gebe, würden diese an die Fraktionen weitergeleitet.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann verwies auf das Thema der Luftreinhaltung und erkundigte sich wie in näherer Zukunft mit der Einhaltung der Grenzwerte gerechnet werden könne.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass kontinuierlich Messungen durchgeführt würden. Es werde damit gerechnet, dass Stickoxide und CO₂ Ausstöße in naher Zukunft vermindert würden. Grund dafür sei der Austausch von älteren Fahrzeugen gegen Neuere. Dadurch könnte bei gleicher Menge an Fahrzeugen dennoch der Schadstoff reduziert werden.

Es sollte auf kommunaler Ebene überlegt werden, ob Ampelschaltungen an den Tag- und Nachtverkehr insoweit angepasst werden, dass Fahrzeuge so wenig Schadstoffe wie möglich, durch ständiges Halten und Anfahren an Ampeln, abgeben.

KA/20180829/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit für den Berichtszeitraum Juli/August 2018 zur Kenntnis.

**6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Juli 2018)
Vorlage: ZS5/2786/XVI/2018**

KA/20180829/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand Juli 2018) zur Kenntnis.

**7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/2788/XVI/2018**

KA/20180829/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

**8. Bericht zur Flüchtlingssituation
Vorlage: 50/2784/XVI/2018**

KA/20180829/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

**9. Dringlichkeitsbeschluss zur Delegiertenversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas am 19./20.11.2018 in München - Teilnahme von drei Kreistagsabgeordneten des Rhein-Kreises Neuss
Vorlage: ZS5/2793/XVI/2018**

KA/20180829/Ö9

Beschluss:

Für die Teilnahme an der Delegiertenversammlung werden folgende drei Kreistagsabgeordnete als seine Stimmvertreter/in bestimmt:

1. Herr Heiner Cöllen (CDU)
2. Herr Horst Fischer (SPD)
3. Frau Angela Stein-Ulrich (Bündnis 90/Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Anträge

**10.1. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 13.07.2018 zum Thema "Jugendberufsagenturen im Rhein-Kreis Neuss"
Vorlage: 010/2768/XVI/2018**

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer merkte an, dass es wichtig sei, keine neuen Institutionen zu gründen, sondern auf bereits bestehende Gremien zurückzugreifen. Zudem sollte das schon an Schulen eingeführte Programm „KAOA“ integriert werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gab den Hinweis, dass die Jugendberufsagenturen nicht Schüler im Praktikumsalter, sondern Schüler, die kurz vor Ihrem Schulabschluss stehen, beraten sollten. Im Rhein-Kreis Neuss gebe es derzeit von 13.000 Jugendlichen 7.000 ohne Berufsabschluss. Diese Zahl sei unbefriedigend. Ein erfolgreicher Schulabschluss müsse für jeden Jugendlichen erreichbar sein – es sei nicht tragbar, dass Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss überhaupt verlassen dürften. Ziel von den Jugendberufsagenturen sei, Jugendlichen eine Perspektive nach einem erfolgreichen Schulabschluss zu bieten und diese bestmöglich zu beraten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel merkte an, dass seiner Meinung nach erst dann die Schulausbildung abgeschlossen sei, wenn der Schüler ins Berufsleben starte. Es solle daher jede Anstrengung übernommen werden, dass alle Schüler eine abgeschlossene Ausbildung erlangen. Der Ansatz der Jugendberufsagenturen sei gut und werde von der SPD-Kreistagsfraktion unterstützt.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass die aktuellen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit zeigen, dass man auf einem guten Weg sei. Es müsste aber weiterhin daran gearbeitet werden, dass die Arbeitslosigkeit reduziert werde.

Das Thema der Jugendarbeitslosigkeit sei auch für die FDP-Kreistagsfraktion von besonderer Wichtigkeit, erklärte Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen. Die zurückgehenden Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit seien gut, allerdings sei dies kein Grund sich auszuruhen. Man könne sich erst ausruhen, wenn jeder Jugendliche eine Stelle gefunden habe. Das Modell aus Hamburg sei eine gute Maßnahme.

Kreistagsabgeordneter Oliver Schulz sagte, dass die Kreistagsfraktion Die Linke dem Antrag ebenfalls positiv gegenüberstehe. Angesichts der guten Haushaltslage sollte ein solches Programm durchsetzbar sein. Es müsse darauf geachtet werden, dass sich das System an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientiere nicht andersrum.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn ergänzte, dass auch die Jugendlichen ohne Arbeit, die in den Statistiken nicht erfasst seien, ebenfalls mitgenommen werden müssten.

KA/20180829/Ö10.1

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit den weiteren Akteuren aus Schule, Arbeitsverwaltung und Jugendhilfe ein Konzept entsprechend der Hamburger Jugendberufsagentur zu entwickeln und dem Kreisausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10.2. Antrag der der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 08.08.2018 zum Thema "Nutzung von öffentlichen Gebäuden zur Energieerzeugung über Solar- und Photovoltaikanlagen"

Vorlage: 010/2783/XVI/2018

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer sagte, dass es in früheren Jahren bereits einen Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gegeben hatte, der sich mit der gleichen Thematik beschäftigte. Damals hätte es eine wirtschaftlichere Förderung gegeben. Es sei wichtig, dass der Antrag aus klimapolitischer Sicht durchgesetzt werde.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erkundigte sich, ob der Antrag auf klimapolitische oder wirtschaftliche Ziele ausgerichtet sei. Ebenfalls fragte er, ob die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Gebäude im Rhein-Kreis Neuss überhaupt machbar wäre.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Verwaltung erst prüfen müsse, welche Gebäude für eine Installation in Frage kämen. Ebenfalls müsste die Kostenfrage geprüft werden. Erst dann könne entschieden werden, ob das Anbringen von Photovoltaikanlagen (auch aus wirtschaftlicher Sicht) sinnvoll sei. Die Verwaltung werde den Prüfauftrag starten und in den Gremien über die Ergebnisse berichten.

KA/20180829/Ö10.2

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird gebeten, die Installation von Solar- und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden zu prüfen. Sofern bei geeigneten Gebäuden eine Installation unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll und effizient ist, soll eine Umsetzung in die Wege geleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10.3. Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 23.08.2018 zum Thema "Hochwasserkonferenz für den Rhein-Kreis Neuss"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Oliver Schulz erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke schlug vor, den Antrag in die Beratungen des Planungs- und Umweltausschusses zu vertragen. Nach detaillierter Diskussion könne der Antrag erneut im Kreisausschuss behandelt und darüber abgestimmt werden.

KA/20180829/Ö10.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss verweist den Antrag „Hochwasserkonferenz für den Rhein-Kreis Neuss“ in den Planungs- und Umweltausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Ausbildungsprogramm NRW im Rahmen der Landesinitiative KAOA Vorlage: 40/2775/XVI/2018

KA/20180829/Ö11.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt zur Kenntnis, dass durch das Ausbildungsprogramm.NRW insgesamt 36 zusätzliche Ausbildungsplätze im Rhein-Kreis Neuss geschaffen und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert werden.

12. Anfragen

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 13.07.2018: Aktueller Sachstandsbericht über den Breitbandausbau im Rhein- Kreis Neuss Vorlage: 61/2773/XVI/2018

Protokoll:

Kreisamtsleiter Marcus Temburg erläuterte den aktuellen Sachstand zum Breitbandausbau. Die Verwaltung habe mittlerweile den Förderbescheid erhalten. Die erste Phase der Prüfung habe ergeben, dass die zentralen Prüfpunkte, die Netzplanung mit der Projektbeschreibung, die zugehörige Finanzplanung und die Bewertung des Vergabeprozess nicht beanstandet wurden. Die Nachforderungen in diesem Förderverfahren beschränken sich lediglich auf einige formale Dinge. Die Verwaltung sei optimistisch, dass in absehbarer Zeit der Förderbescheid zugestellt werde, die entsprechenden Verträge mit den Telekommunikationsunternehmen unterschrieben werden könnten und somit die Bauphase im Jahr 2018 beginnen könnte.

KA/20180829/Ö12.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht über den Breitbandausbau im Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis.

12.2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2018 zum Thema "Feldbahnmuseum Oekoven e.V. in Rommerskirchen" Vorlage: 010/2801/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die als Tischvorlage ausgelegte Antwort der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müsse, da Informationen aus einem laufenden Verwaltungsverfahren kundgetan werden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass ein gewisses Maß an Öffentlichkeit bestünde, so dass über Kernpunkte auch im öffentlichen Teil diskutiert werden könnte. Man habe sich bei dem Fall ein kooperativeres Verwaltungshandeln gewünscht. Es hätten in Zusammenarbeit mit dem Verein Lösungen gesucht werden sollen. Es müsse zudem gewährleistet werden, dass die Fahrten im November stattfinden könnten.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Verwaltung jederzeit versuche, dem Verein zu helfen und diesen auch finanziell unterstütze. Die Schließungsverfügung kam zustande, weil u.a. die Löschwasserversorgung, aufgrund eines versandeten Brunnens, nicht mehr gesichert werden konnte. Da der Verein die Auflagen innerhalb eines halbes Jahres nicht umgesetzt hatte und somit die Sicherheit hinsichtlich des Brandschutzes nicht mehr gewährleistet war, musste die Verwaltung des Rhein-Kreises Neuss die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Die Fahrtage hätten jedoch immer stattfinden können, da besondere Maßnahmen ergriffen wurden.

Das Wichtigste sei, schnellstmöglich den Fahrbetrieb wieder kontinuierlich aufzunehmen, gegen einen Fahrtag im September bestünden aber aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken. Anschließend solle der Brandschutz für die Gebäude sichergestellt werden. Gute und zielführende Gespräche wurden bereits geführt. Inwieweit der Kreis den Verein bei den Kosten für den Brandschutz unterstützen wolle, müsse on den Haushaltsberatungen besprochen werden.

12.3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.08.2018 zum Thema "S-Bahn S8"

Vorlage: 010/2802/XVI/2018

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die Antwort der S-Bahn.

Kreistagsabgeordneter Horst Fischer kritisierte diese Antwort, da sie sehr unverständlich formuliert sei und sie absolut nicht zufriedenstellend sei. Fahrzeuge müssten gestellt werden, so stehe es im Vertrag. Die DB müsste sich an die Vertragsregelungen halten und diese auch erfüllen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.


Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat


Annika Geppert
Schriftführung